

Saale-Beitung.

Neunundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spalte... mit 20 Pfg. ... mit 15 Pfg. ...

(Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis

fr. Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimonatlicher Bestellung 2,75 M., ...

Hier die Redaktion verantwortlich: Hans Paulus in Halle.

[Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg u. a.]

Nr. 7.

Halle a. d. Saale, Sonnabend den 5. Januar

1895.

Die Mobiliten- und Immobilien-Ver sicherungssteuer in Halle.

Auf Antrag des Magistrats zu Halle hat unsere Stadtverordnetenversammlung bekanntlich am 17. Dezember d. J. in erster Lesung beschlossen, von den Feuerversicherungen der Einwohner auf Immobilien die Mobiliten eine Abgabepflicht von 1/10 pro Mille der Versicherungssumme zu erheben.

Hier liegt ein kleiner Irrthum vor. Nicht eine zweite Lesung des Steuer-Regulativs ist beschlossen worden, sondern eine zweite Lesung der Steuer selbst, so daß also die Stadtverordneten-Versammlung, selbst wenn das Regulativ genehmigt würde, immer noch freie Hand hätte und die Steuer selbst in zweiter Lesung auch noch ablehnen könnte.

Aus dieser Denkschrift sind wesentlich drei Punkte hervorzuheben. In seiner Begründung der Steuerordnung folgte der gute Feuerlöschleistungen, in Halle sehr niedrig gehalten seien, daß also die Versicherungsgesellschaften dem erwähnten günstigen Umstände voll Rechnung getragen haben.

In der Denkschrift wird dagegen der Nachweis geführt, daß die besonderen Vorteile aus den guten Feuerlöschleistungen weit weniger auf Seiten der Versicherten liegen als auf der Seite der Versicherer. Die Einführung der in Rede stehenden Steuer würde also geradezu einer Ausforderung gleichkommen, sich der Versicherung zu enthalten.

Der Magistrat hatte ferner die fragliche Steuer, als indirekte Steuer gemäß § 13 ff. des Kommunal-Abgabengesetzes vom 14. Juni 1893 gebildet, und im Interesse der Vereinfachung ist der Eingebung von der Versicherungsbank der Vorzug zu geben.

Bezüglich dieses letzten Punktes weist die Denkschrift darauf hin, daß dieser strengen Nachvollkommenheit die Stadtverwaltung in Halle den Versicherungsanstalten die unentgeltliche Einreibung und Abführung der Steuerbeiträge zumutet. Es wird nachgehoben, daß keine gesetzliche Verpflichtung über auch nur ein zulässiger Nachsicht für eine derartige Pflichtaufhebung beigebracht werden kann in sicherer Aussicht gestellt, daß die Versicherungsgesellschaften gutwillig sich keinesfalls von der Stadtbehörde als deren Steuererheber werden gebrauchen lassen.

Der Hauptzweck der Denkschrift bildet der Nachweis, daß die geplante Versicherungssteuer im Sinne des Gesetzes vom 14. Juni 1893 durchaus keine indirekte Steuer ist, wenn auch der Magistrat der Stadt Halle sich dieselbe als solche „gebildet“ hat. An der Hand der verschiedenen einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen im Reich und in Preußen wird dargelegt, daß die beschriebene Steuer, besonders soweit es sich um Versicherungen handelt, die nach dem 1. April d. J. abgeschlossen werden, nach § 2 der Steuerordnung ist als eine direkte Besteuerung der Versicherungsgeschäfte charakteristisch. Die Versicherungsanstalten werden ausdrücklich als die Steuerpflichtigen bezeichnet. Bei einer solchen Steuer fehlt es aber an allen Merkmalen einer indirekten Steuer; es handelt sich vielmehr um eine, auf ein einzelnes Gewerbe gelegte Steuer, welche als solche, abgesehen von dem wirtschaftlichen Wesen derselben, rechtlich nach dem Kommunal-Abgabengesetz nicht zulässig erscheint.

Die Denkschrift führt dann noch aus, daß die neue Steuer darauf hinwirken würde, den Versicherungsgesellschaften die Kosten der Feuerlöschleistungen aufzubürden, denn der veranschlagte Betrag der Steuer bedarf sich ziemlich genau mit den Aufwendungen der Stadt Halle für diesen Zweck. Die Veranlagung der Kommunal-Abgabengesetz hat man eine derartige Veranlagung der Versicherungsgesellschaften in der Form von

Beiträgen gemäß § 9 des Gesetzes angeregt. Die gesetzgebenden Faktoren haben sich jedoch dagegen ausgesprochen, dieser Anregung im Rahmen des Kommunalsteuergesetzes Folge zu geben.

Nach diesen Mittheilungen aus dem Inhalte der Denkschrift schließt das offizielle Organ seinen Artikel mit folgenden Worten: Es ist zu wünschen, daß die in der Denkschrift dargelegten Gründe in der Stadtverordnetenversammlung von Halle die Ueberzeugung wecken würden, daß die geplante Erhebung einer Feuerversicherungssteuer mit Verletzung auf das Kommunal-Abgabengesetz weder der Absicht des Gesetzgebers, noch dem Sinne des Gesetzes entspricht, anderenfalls würden sie die Veranlassung zu weittragenden Veränderungen und Weiterungen geben.

Wir glauben, daß hier ein Wink mit dem Zaunpfahl aus dem Preussischen Finanzministerium vorliegt, der in schlichter Deutlichkeit überlegt also lautet: Laßt den Plan einer Versicherungssteuer fallen, denn auf die vielversprechende Genehmigung derselben habt ihr nicht zu rechnen.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 4. Jan. Kaiser Wilhelm kam heute morgen von der Station Wildpark nach Berlin und nahm das Frühstück beim Reichskanzler ein. Von dort begab sich der Monarch in das königliche Schloß. Abends gedachte der Kaiser das Theater zu besuchen und dann nach dem Heeren Palais zurückzukehren.

Der am Neujahrstage durch Verletzung des Schwarzen Adler-Ordens ausgezeichnete General der Kavallerie und General-Major Graf v. Waldersee wird am diesjährigen Feste des hohen Ordens vom Schwarzen Adler, für welches der 18. Januar in Aussicht genommen ist, mit einer Zahl anderer Ritter die Inhaberschaft erhalten. Es sind dies der Erbprinz Alfred von Bayern und Godefr. Karl Anton Hohenzollern, der Reichsmilitär-Präsident von Sackenborn und der General der Kavallerie Graf von Wartenstein. Ob zu diesem Feste auch der Vize-König von Venedig aus Petersburg nach Berlin kommt, der den Schwarzen Adler-Orden am 27. Jan. 1894 erhielt, ist bis jetzt unbestimmt. Das diesjährige Krönungs- und Ordensfest wird in üblicher Weise am Sonntag den 20. d. im Schloße abgehalten werden. Der ehemalige Kronprinz ist zwar der 18. Januar, doch wird das Fest nur an diesem Tage gefeiert, wenn der 18. Januar auf einen Sonntag fällt. Ist dies nicht der Fall, so entscheidet die Wille der Woche. Fällt der 18. Januar auf einen Donnerstag, Freitag oder Sonnabend, so pflegt das Fest auf den Sonntag nachher, fällt er auf einen Montag, Dienstag oder Mittwoch, so pflegt es auf den Sonntag vorher verlegt zu werden.

Sonnenovr, 4. Jan. Prinz-Regent Albrecht von Braunschweig ist zu achtagigen Aufenthalt hier eingetroffen.

Kronrat.

Wie wir gestern bereits telegraphisch meldeten, hat am Freitag nachmittags eine Sitzung des Staatsministeriums stattgefunden. Ergänzend sei hierzu mitgeteilt, daß die Sitzung im Amtgebäude des Reichs-Kanzlers stattfand und daß an derselben auch der Kaiser teilnahm. Der Kaiser begab sich zum Frühstück bei dem Reichskanzler in die Sitzung, die also einen sogen. Kronrat darstellte.

Der Gegen den unlauteren Wettbewerb.

Der Gegenwurf gegen den unlauteren Wettbewerb ist, wie die „Nat.-Ztg.“ hört, ausgearbeitet und wird binnen kurzen weiteren Kreisen zur Beurteilung unterbreitet werden.

Die Tabaksteuer-Vorlage.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ schreibt: Ueber die Ansichten der Tabaksteuer-Vorlage gehen allerhand einander widersprechende Mittheilungen durch die Blätter. Sie beruhen lediglich auf Kombination. Im Bundesrat hat eine Beratung über den Entwurf des Reichsfinanzgesetzes bis jetzt nicht stattgefunden; es find deshalb auch alle Angaben über die Stellungnahme verschiedener Bundesregierungen verfrüht.

Keine Lehrer-Deputation an den Kaiser.

M. Der geschäftsführende Ausschuss des Landesvereins preussischer Volksschullehrer beschloß betreffs Entsendung einer Abordnung an den König, welche die traurigen Gehaltsverhältnisse der Lehrer unterbreiten soll, daß eine Abthimmung darüber im Gesamtvorstande herbeizuführen ist. Er selbst kann jedoch die Annahme des Antrages nicht befrworten, da er sich von dem beantragten Vorgehen bei der Gesamtsitzung der inuereu politischen Verhältnisse keinerlei Nutzen verspricht, andererseits aber die Möglichkeit einer Schädigung der Sache durch dasselbe nicht ausgeschlossen ist. Es ist wohl nicht zu bezweifeln, daß die Abthimmung im Gesamtvorstande ebenfalls im ablehnenden Sinne erfolgen und die Abordnung einer Lehrer-Deputation an den Kaiser also unterbleiben wird.

Zur Boycott-Frage.

Die „Nat.-Ztg.“ schreibt heute: „Zur Frage eines etwaigen gesetzgeberischen Vorgehens gegen öffentliche, organisierte, mit Zwang und Drohungen ver-

bundene Berufsvereinigungen möchten wir an die Gewerkschaften erinnern, die zwar nicht den Beruf in geschäftlichen Verkehr, aber doch terroristische Maßregeln bei Arbeits einstellen und behandelte und somit doch eine gewisse Analogie hat. Diese Verhältnisse folgende Strafvorschriften erlassen. Wer es unternimmt, durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Erpressungen oder durch Berufsvereinigungen 1. Arbeiter oder Arbeitgeber zur Teilnahme an Verabredungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bestimmen oder am Zutritt von solchen Verabredungen zu hindern, 2. Arbeiter zur Einstellung der Arbeit zu bestimmen oder an der Fortsetzung oder Annahme der Arbeit zu hindern, 3. Arbeitgeber zur Entlassung von Arbeitern zu bestimmen oder an der Entlassung von Arbeitern zu hindern, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft. Ist die Handlung gewohnheitsmäßig begangen, so tritt Gefängnis nicht unter einem Jahre ein. Die gleichen Strafvorschriften finden auf denjenigen Anwendung, welcher Arbeiter zur widerrechtlichen Einstellung der Arbeit oder Arbeitgeber zur widerrechtlichen Entlassung von Arbeitern öffentlich auffordert. Die Bestimmungen wurden damals allerdings mit großer Mehrheit abgelehnt. Es blieb also nur der § 153 der alten Gewerbeordnung bestehen, welcher denjenigen unter Strafe stellt, der andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Erpressung oder durch Berufsvereinigungen bestimmt oder zu bestimmen verurteilt, an Verabredungen und Vereinigungen zum Behuf der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter, teilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten. In der dritten Beratung jener Novelle erklärte der Minister v. Briel, wenn die Regierung, um die Wirklichkeit des § 153 jetzt nicht zurückkommen, so müsse er doch ausdrücklich erklären, daß die schärfere Strafvorschriften gegen den Zwang zur Arbeits-einstellung und gegen die öffentliche Aufforderung zum Kontraktbruch nach wie vor für unerlässlich halte, weshalb der Reichstag darauf gefaßt sein müsse, später von neuem vor dieser Frage gestellt zu werden.“ Und dazu wird es am Ende jeder kommen. Hoffentlich zeigt sich der Reichstag ebenso klug und weise wie im Jahre 1891.

Die Beseitigung der Zuckerrüben.

Die Frage der internationalen Regelung oder Beseitigung der Zuckerrübenindustrie wird von der Wochenchrift des Österreichischen Centralvereins für Zuckerindustrie in Anregung gebracht. Angesichts der Zweierzeugung der Zuckerindustrie, die soweit geht, daß nahezu für den vierten Teil der erzeugten Menge kein Bedarf besteht und dieser Teil eigentlich verloschen ist, erachtet die Wochenchrift es für wünschenswert, wenn internationale Vereinbarungen über eine Einschränkung der Zuckerezeugung getroffen würden, ähnlich etwa, wie sie auf dem Gebiete der Papierindustrie, der Sprengstoffindustrie und auch zum Teil der Petroleumindustrie bestehen. Das sei aber ohne eine internationale Regelung der Zuckerrübenindustrie nicht möglich. Dieser Vorschlag ist um so beachtenswerther, als die Zuckerrüben in Oesterreich, welches ebenso wie Deutschland offene Prämien eingeführt hat, für Holzrufer sogar noch niedriger sind als der Satz, der nach dem Jahre 1891 am 1. August d. J. in Kraft treten wird. Ueberdies ist in Oesterreich die Zuckerrübenindustrie fast in einem Jahre an Ausschüppungen mehr als 5 Millionen Gulden gezahlt und dieser Teil eigentlich verloschen ist. Auf alle Fälle beweist die Auslösung des Organs der österreichischen Zuckerindustrie, daß dieselben eine zureichendere Auffassung der Ursachen der Zuckerrüben haben, als die deutschen — zu ängeren Neigung haben, solange sie die Hoffnung haben, daß die Regierung sich zu einer Erhöhung oder mindestens Verbehalten der gegenwärtig gezahlten Prämien bereitstellen wird.

Wer hat im Berliner Vierkriege gesiegt?

„Die Vegetation“ der sozialdemokratischen Brauereiarbeiter über den „hulimantanten Sieg“ bei der Boycottkommission in dem Berliner Vierkriege erfaßt hat, äußerte sich in einer am Donnerstagabend abgehaltenen Versammlung in so lebhafter Weise, daß am Schlusse derselben ein Mitglied der Boycottkommission, Willars, nur durch das Eingreifen des Schynmanns und des Saalbüchlers — die Versammlung fand in Keller's Räumlichkeiten — vor den Füßeln der „Genossen“ gerettet werden konnte!

Verschiedene Mittheilungen.

* Der Entwurf von Ausnahmeverordnungen über die Sonntagsruhe für die Industrie wird, nachdem er die zweite Lesung in dem zulässigen Ausschusse passirt hat, an den er verwiesen worden war, demnächst das Plenum des Bundesrats beschließen. Bei dieser Gelegenheit dürfte der „Nordb. Allg. Ztg.“ zufolge, dann auch die Befreiung des Termins stattfinden, zu dem die Sonntagsruhe für die Industrie gesetzliche Kraft erhält.

* Wie der „Allgemeine Zeitung“ aus Tanger gemeldet wird, ist Abd el Kader, einer von den drei Führern des deutsch-kafmanischen Franz Neumann, am 31. Dezember d. J. in Casablanca in Gegenwart des deutschen Vice-Konsuls und zweier Zeugen durch einen Schuß in den Rücken hingerichtet worden.

* Der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten hat sich am 3. d. M. nach Gestein abgeben, um unter



